



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode, 1991-1992

10.11.1992 - Drucksache 13/392

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE GRÜNEN und der FDP**Sanierungsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das vom Senat vorgelegte Sanierungsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen. Das Programm zeigt auf, wie die Haushaltswirtschaft des Landes in einem überschaubaren Zeitraum in einen dauerhaft verfassungsmäßigen Zustand zurückgeführt und der Handlungsspielraum für die Aufgaben des Landes und seiner beiden Stadtgemeinden wiedergewonnen werden kann. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet dabei den Senat, auch ergänzende Vorschläge der Fraktionen der Bürgerschaft (Landtag) zu prüfen.

2. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 27. Mai 1992 die extreme Haushaltsnotlage des Landes anerkannt und in gebotener Klarheit die Verpflichtung durch den Bund und die anderen Länder zur Hilfe bei der Beseitigung festgelegt. Zur Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft ist es notwendig, mit Hilfe von wirtschaftsfördernden Investitionen erhebliche Rückstände beim Wirtschaftswachstum der Vergangenheit abzubauen. Deshalb muß im Rahmen des Sanierungsprogramms neben der Senkung der Zinslast durch Entschuldung eine Erhöhung der Investitionsquote angestrebt werden.

Mit Hilfe präventiver Strukturpolitik kann die Voraussetzung für ein qualifiziertes und umweltverträgliches Wachstum erzielt werden. Ein steigender Grad an Selbstfinanzierung entlastet dann die Ländergesamtheit durch niedrigere Zahlungen an Bremen innerhalb des Länderfinanzausgleiches.

Zur Beseitigung der extremen Haushaltsnotlage fordert das Bundesverfassungsgericht Anstrengungen und Einschränkungen auf allen Seiten, d. h. auch bei den übrigen Ländern und dem Bund. Deshalb ist Bremen aufgerufen, den im Sanierungsprogramm dargestellten und zumutbaren Eigenbeitrag zu leisten. Maßstab dafür können Leistungsvergleiche mit anderen Ländern sein.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Bund und die Länder auf, die Verhandlungen mit dem Senat über das Sanierungsprogramm umgehend aufzunehmen und bereits 1993 mit einer Entschuldung des Landes Bremen zu beginnen. Auf diese Hilfe hat Bremen einen Anspruch, für den unabhängig von der Neuordnung der Finanzbeziehungen nach dem Einigungsvertrag eine eigenständige Lösung zu erarbeiten ist.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bekundet nachdrücklich die Bereitschaft und Fähigkeit der Freien Hansestadt Bremen, mit dem Sanierungsprogramm die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes wiederherzustellen und seine Lebensfähigkeit im Rahmen des Bundesstaates zu erhalten.

Sie bittet alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen in gemeinsamer Kraftanstrengung bei der Stärkung der Finanzkraft des Landes und damit der Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit mitzuhelfen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alsbald einen verbindlichen Zeit- und Maßnahmenkatalog für die im Sanierungsprogramm für den Zeitraum bis 1996 genannten Maßnahmen und nach Ablauf eines jeden Jahres einen Bericht über die Umsetzung vorzulegen.

Dabei sind im Rahmen der Fortschreibung des Grundinvestitionsprogramms u. a. die Investitionen für Häfen, den Wohnungsbau und die Stärkung der oberzentralen Funktion von Bremen und Bremerhaven sowie der öffentlichen Infrastruktur zur Sicherung der Standortqualität zu gewährleisten.

Dittbrenner und Fraktion der SPD

Kudella und Fraktion der CDU

Mützelburg und Fraktion DIE GRÜNEN

Welke und Fraktion der FDP